

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1974

h i e r : Einzelplan 60

Allgemeine Finanzverwaltung

— Drucksachen 7/1100, 7/1937 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Zu Kap. 60 02 – Allgemeine Bewilligungen –

Der Ansatz bei Tit. 972 01 – Globale Minderausgabe – wird um
– 2 000 000 000 DM auf – 2 500 000 000 DM erhöht.

Bonn, den 21. Mai 1974

Carstens, Stücklen und Fraktion

Begründung

Ebenso wie im Vorjahr sind auch im Haushaltsentwurf 1974 eine Reihe von Ausgabeermächtigungen zu hoch angesetzt.

So steigen z. B. die Personalausgaben von 21,27 Mrd. DM (Ist-Ergebnis 1973) um 2,90 Mrd. DM = 13,6 v. H. auf 24,17 Mrd. DM im Haushaltsentwurf 1974, während die durchschnittliche prozentuale Anhebung der Bruttobezüge einschließlich Kinderzuschläge im öffentlichen Dienst im Vergleich zum Vorjahr beim Bund (ohne Bahn und Post) nach den Berechnungen der Bundesregierung nur 11,55 v. H. ausmacht. Allein bei den Personalausgaben können daher auch bei Berücksichtigung der Umsetzungen aus den Sachtiteln etwa 300 bis 400 Mio DM gestrichen werden.

Beim Kindergeld wurde im Haushaltsjahr 1973 das Ausgabensoll um 121 Mio DM unterschritten. Regierungsvertreter bestätigten während der Beratungen des Haushaltsentwurfs 1974 vor dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, daß auch in diesem Jahr die Ansätze für das Kindergeld um rd. 100 Mio DM übersetzt sind.

Die Mittel für Aus- und Neubau von Hochschulen konnten im Haushaltsjahr 1973 in Höhe von 378 Mio DM nicht verausgabt werden. Auf Befragen der CDU/CSU-Mitglieder des Haushalts-

ausschusses mußten die Vertreter der Bundesregierung einräumen, daß auch im Jahre 1974 rd. 300 Mio DM der Mittel für den Aus- und Neubau von Hochschulen nicht verbaut werden könnten.

Die für Heizölkosten-Zuschüsse vorgesehenen Mittel von rd. 350 Mio DM werden nach den bisher vorliegenden Anträgen voraussichtlich nur zum Teil verausgabt. Einsparungsmöglichkeiten bestehen – wie die Vergangenheit gezeigt hat – auch bei den Ansätzen für Wiedergutmachungsleistungen und den Ausgleich von Reparationsschäden.

Der Haushaltsentwurf 1974 der Bundesregierung sieht ferner in dem begrüßenswerten Bestreben, die sprunghaft gestiegenen Ausgaben auf dem Personalsektor einzuschränken, die Einsparung von 1400 Planstellen (Stellen) für Beamte und Angestellte vor. Diese Einsparung wirkt der unvertretbaren Stellenzunahme im Bundeshaushalt jedoch nur unzureichend entgegen. Deshalb soll das Einsparungssoll um 1100 auf 2500 Stellen erhöht werden, was ebenfalls eine gewisse Herabsetzung des Ausgabebedarfs ermöglicht.

Auch bei anderen Ansätzen können nach den Erfahrungen des Vorjahres Kürzungsmöglichkeiten angenommen werden. Über 4,5 Mrd. DM der im Haushaltsplan 1973 vorgesehenen Ausgaben konnten von den Ressorts für die bewilligten Zwecke nicht ausgegeben werden. Die Bundesregierung hat in verfassungsrechtlich äußerst bedenklicher Weise die freigewordenen Beträge in voller Höhe für andere Zwecke verwendet, ohne für diese Haushaltsüberschreitung die Genehmigung des Parlaments in einem Nachtragshaushalt einzuholen. Die Aufstockung der globalen Minderausgaben soll verhindern, daß die Bundesregierung abermals die zu erwartenden Minderausgaben zu Haushaltsüberschreitungen verwendet.

Darüber hinaus muß am Anfang einer wirksamen Strategie zur Inflationsbekämpfung der Mut der Regierung zu echten Einsparungen bei den Staatsausgaben stehen. Bisher hat die Regierung vor dieser Aufgabe kapituliert. Durch die beantragte Erhöhung der globalen Minderausgabe soll die Bundesregierung endlich zu den bisher unterlassenen Einsparungen und damit zu einer wirksameren Stabilitätspolitik veranlaßt werden. Vor allem sollte die Bundesregierung in der jetzigen wirtschaftlichen Lage, wo sie vom Bürger und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen äußerste Sparsamkeit und Zurückhaltung verlangt, ein deutliches Zeichen in ihrem eigenen Bereich setzen: Die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung, die nach den Ansätzen des Entwurfs gegenüber dem Vorjahr um 19 v. H. ansteigen sollen, und die Sachausgaben (insbesondere die persönlichen Verfügungsfonds der Minister, die Kosten für Dienstwagen, die Reisekosten etc.) sollten im Vollzug des Haushalts 1974 spürbar vermindert werden.

Die beantragten Einsparungen von 2 Mrd. DM vermindern die Summe der Gesamtausgaben des Bundes auf das ursprünglich im Haushaltsentwurf des Bundes für 1974 vorgesehene Volumen von 134,4 Mrd. DM.